

Demokratie und Sozialisierung

Acht Thesen zum Thema „Demokratie“ für eine Diskussion in der „Zukunftskommission“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Zustand der Demokratie auf dem Wege zur „Postdemokratie“ am 5. Juli 2007

1. Demokratie und Sozialismus

„Wenn aber diese passive Haltung im Arbeitsprozess selbst ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zur Herausbildung selbstbewusster, kritischer, politisch aktiver Staatsbürger darstellt, dann ist sie doch andererseits durch eine bloße Änderung der Eigentumsverhältnisse nicht schon zu bewerkstelligen. In den bürokratisch-sozialistischen Ländern hat sich vielfach eine ganz ähnliche Haltung herausgebildet, die nur oberflächlich durch eine agitatorisch erzeugte Pseudopolitisierung verdeckt wird. Die passive Wiederholung von Losungen, die von einer von unten weder kritisier- nach abwählbaren Parteiführung ausgegeben werden, stellt ja kaum einen Beweis für wirkliche Politisierung, für aktive, selbstbewusste und kritische Partizipation dar. Sozialisierung kann aber sehr wohl einen Sinn haben, wenn sie mit einer realen (täglich erfahrbaren) Teilhabe der Arbeitenden an den Entscheidungsprozessen in ihrem Betrieb kombiniert ist. Gerade weil es sich bei der Frage Kapitalismus oder Sozialismus in den entwickelten industriekapitalistischen Gesellschaften heute nicht mehr um eine schiere Überlebensfrage handelt, kann die bloße Sozialisierung als Ziel nicht mehr genügen, ja sie ist für viele – angesichts der wenig überzeugenden Erfahrungsberichte über die bürokratisch-sozialistischen Gesellschaften – oft sogar unerwünscht. Ich würde also heute die These von Brecht umkehren: der Sozialismus ist nicht mehr das Primäre, sondern die Demokratie. Zu ihrem Ausbau, zu ihrer Verwirklichung aber bedarf sie heute mehr denn je des Sozialismus.“¹

Fetscher begreift als Sozialismus „eine Assoziation freier Menschen, die weder von bürokratischen politischen Institutionen noch von undurchschaubaren Sachgesetzmäßigkeiten der Ökonomie beherrscht wird und in der jeder im anderen nicht eine Schranke, sondern eine Ergänzung und Bereicherung seines Daseins erfährt“; deshalb sei „die wirkliche Emanzipation“, das Ziel des Sozialismus, eine „Befreiung des individuellen Menschen und seiner mannigfaltigen Potenzen“. Fetscher sieht einen Grundirrtum „des älteren Sozialismus“ in der Annahme, „das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln garantiere schon die Entstehung einer freien Assoziation von Produzenten und die Verwaltung von Sachen lasse die Herrschaft über Personen absterben“. „Das Gemeineigentum in der Gestalt staatlichen Eigentums wird überall dort statt eines Mittels der Befreiung zu einem Instrument zusätzlicher Herrschaft, wo der Staat selbst nicht demokratisch strukturiert ist und bürokratische Eliten sich die Formulierung des Gemeinwohls, der gesellschaftlichen Interessen vorbehalten. ... Gemeineigentum an den Produktionsmitteln kann daher nur dann zum befreienden Sozialismus führen, wenn es von den Produzenten selbst verwaltet wird, das heißt, wenn die Planung der gemeinsamen Produktion demokratisch erfolgt. Die Verwaltung von Sachen ist keine unpolitische, bloß technische Angelegenheit, sondern verlangt ihrerseits demokratische Kontrolle. Derartige demokratische Planungen und Kontrollen sind aber nur möglich, wenn vollständige Diskussionsfreiheit, Organisationsfreiheit, Publikationsfreiheit usw. besteht.“²

Die differentia specifica zwischen sozialdemokratischer und sozialistischer Politik ist nicht die „Systemfrage“ in Gestalt der Eigentumsfrage, sondern die Frage der Demokratie, der demokratischen Kontrolle, und zwar nicht der bloß formalen, sondern der materialen, der ausgeübten Demokratie.

2. Demokratie und Sozialstaat

¹ Iring Fetscher, Wie ist demokratischer Sozialismus möglich? Warum ist demokratischer Sozialismus nötig? (1975). Wiederabdruck in: Iring Fetscher, Für eine bessere Gesellschaft. Studien zu Sozialismus und Sozialdemokratie. Herausgegeben von Clemens K. Stepina, Josef Rhemann und Wolfgang Greisenegger, Wien 2007, S.12-28; S.18f.

² Iring Fetscher, Hat der Sozialismus noch eine Zukunft? Sieben Thesen (1979). Wiederabdruck ebd., S. 29-51; S. 29-31.

Die klassischen Demokratie-Konzeptionen unterstellten ökonomisch selbständige (männliche) Privatleute, *bourgeois*, die sich im herrschaftsfreien Diskurs austauschend, eine öffentliche Meinung bilden, von der wiederum Parlament und Regierung abhängig sind. Von diesem Ideal sind die modernen parlamentarisch-repräsentativen Systeme aus vielerlei und vielschichtigen Gründen weit entfernt. Infolge der Ausweitung des Stimmrechts auf ökonomisch Unselbständige, auf Lohn- und Gehaltsbezieher, verwandelt sich die bürgerlich-parlamentarische Demokratie in eine bloß formale. Die Bildung der öffentlichen Meinung ist nicht frei als eine repressionsfreie Interaktion gleicher Bürger, sondern geprägt von einer großen Ungleichheit der Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bereitschaft zur Information. Wichtige Entscheidungen fallen nicht in den demokratischen Einrichtungen, sondern ausgelagert in Experten- und anderen Gremien. Wachsende gesellschaftliche Arbeitsteilung und Spezialisierung gehen einher mit relativ dazu abnehmenden Erkenntnisinteressen und -möglichkeiten für den Einzelnen.

Von übergreifender Bedeutung für die Entleerung parlamentarisch-demokratischer Prozesse stellt sich die Herausbildung wirtschaftlicher Machtkonzentrationen, von Oligopolen und Monopolen heraus, sowohl in ihrer nationalstaatlichen Gestalt als auch in ihrer transnationalen Gestalt. Wenn die Volkswirtschaft im Ganzen vom Wohlergehen weniger wirtschaftlicher Machtgruppen abhängig ist, dann muss jedes Parlament und jede Regierung den Bedürfnissen dieser Unternehmen vorrangig Rechnung tragen. Sie muss dafür sorgen, dass deren Motivation zur Investition, also ihre Profiterwartung, aufrechterhalten bleibt. Erst in zweiter Linie können Parlament und Regierung sich um die Wünsche der anderen sozialen Gruppen kümmern. Sie tun es in den modernen Demokratien, weil sie nur unter der Bedingung der zumindest scheinbaren Befriedigung solcher Massenbedürfnisse wieder gewählt werden. Als zentrales Muster dieser Massenbedürfnisse, die immer die Bedürfnisse von ökonomisch Unselbständigen sind, hat sich der Wunsch nach ökonomischen Sicherheiten herausgebildet, der in allen westlichen Demokratien auf diese oder jene Weise sozialstaatlich erfüllt wurde.

Moderne Demokratie und Wohlfahrtsstaat gehören unverbrüchlich zusammen. Der moderne Sozialstaat mit einer Staatsquote von mehr als 40% war (und ist) in der Lage, systembedrohliche Krisen abzuwehren und der Mehrheit der Bevölkerung ausreichendes Einkommen zu garantieren. Am rheinischen Kapitalismus lässt sich dieses „produktivistische Bündnis“ (im modernen Politdeutsch würde man wohl sagen: „die gesellschaftliche Mitte“) auch in seinen marginalisierten Schattenseiten studieren: chronisch Kranke, Frühinvaliden, Alte, Jugendliche aus unteren Einkommensschichten, alleinerziehende Frauen – heterogene Gruppen also, die sich kaum zu einer gemeinsamen politischen Aktion oder auch nur Pressuren vereinigen konnten, aus denen Heiner Geißler vormals aber die Neue Soziale Frage generieren konnte.

Die Stabilität moderner Demokratie hing (und hängt), würde man vom Modell rationalen Handelns ausgehen, entscheidend davon ab, ob sich eine ausreichend große Wählergruppe mehr Vorteile davon verspricht, den Bedürfnissen wirtschaftlicher Machtkonglomerate Vorrang zu lassen statt unmittelbar und entschieden für die eigenen sozialstaatlichen (Versorgungs-)Ansprüche zu votieren.

3. Soziale Umbrüche und Beteiligung an demokratischen Verfahren

Der Zusammenbruch des realsozialistischen Machtraumes verdoppelte nahezu die Zahl der auf dem Weltmarkt verfügbaren Arbeitskräfte und damit auch die Mobilität des Kapitals. Tradierte sozialstaatliche Arrangements gerieten unter diesem Druck tatsächlich ins Rutschen, zumindest aber unter den Druck des neoliberalen Arguments, Sozialstaat sei Diebstahl an Wachstum und Profit, und unter den Druck des individualisierenden Versicherungsgedankens. Die Übersetzung der neuen internationalen Beweglichkeit des Kapitals in „Sachzwänge der Globalisierung“ entleerte demokratische Prozesse weiter in Richtung von „Schönheitswettbewerben“ (Fetscher). Was als soziale Differenzierung, als Vielfalt von Lebensentwürfen, Wandel in Arbeits- und Lebenswelt wahrgenommen wird, führt bei den Wahlgängen zu einer Zunahme der „Unberechenbarkeit“ der Wähler und der Bedeutung von Wahlkampagnen. Die abnehmende Wählerbindung folgt der Verunsicherung, der Überlebtheit der traditionellen Angebote sozialstaatlicher Arrangements von befriedigter Profiterwartung und sozialer Sicherung. Dieser im eigentlichen Sinn demokratische Vorgang: sich immer wieder neu entscheiden; geht einher mit einer zumindest in den letzten Jahren zu beobachtenden Tendenz, bestimmte Wäh-

lergruppen aus dem demokratische Repräsentationssystem zu „vertreiben“, in dem sie bei den entscheidenden Themen gar nicht mehr vorkommen oder systematisch an ihren Alltagswelten und Zeit-horizonten vorbeigewahlkämpft wird.³

Wenn des parlamentarisch-demokratische System an der Situation von Langzeitarbeitslosen, um ein Beispiel einer relativ neuen marginalen Gruppe zu nehmen, nichts ändern kann (oder will), macht es für keine Partei Sinn, ihren Platz im System politischer Macht auch nur von der scheinbaren Befriedigung der Wünsche Langzeitarbeitsloser abhängig zu machen.

Sinkende Wahlbeteiligung trägt, so lange die Nichtwähler zu gemeinsamer Handlung, Pressure unfähig bleiben, zur Stabilität des parlamentarischen Systems in Zeiten des sozialen Wandels bei.

4. Demokratie als Kostenfaktor

Die Vervielfältigung der Arbeits- und Lebensweisen, die zunehmende soziale Heterogenität der Interessenlagen, die Entdeckung des Konsumenten im Produzenten und seiner verschiedenen sozialen Rollen und Figuren haben - vor allem auf der Ebene der Kommunen - zu einer enormen Komplikation der „Gemeinwohlfindung“ geführt. Als Eigenheimbesitzer ist der ökonomisch Unselbständige mit dem ökonomisch selbständigen Eigenheimbesitzer gleich, etwa in seinem Verhältnis zu Gebühren und Straßenausbaubeiträgen. Dieser Vervielfältigung von Interessenlagen und den technokratischen Phantasien demokratischer Beteiligungsverfahren verdanken sich eine breite Palette von Mitsprache- und Beteiligungsrechten, die demokratiethoretisch aus zweierlei Sicht bedeutsam sind. In der Regel fehlt es ihnen an einem „demokratischen Ort der Zusammenkunft“, was die Bürgerversammlungen meist nicht sind. Und in der Regel sind sie das, was demokratische Kompromissuche auch auf höheren Ebenen der demokratischen Repräsentanz ist: zeitraubend, ineffektiv, kostenaufwendig – kurz, all das, was der Betriebswirtschaftler im allgemeinen und der Fondsanteileseigner im besonderen hasst. Demokratische Entscheidungsprozesse stehen unter einem doppelten Druck: Die Aushandlung der Interessen wird aufgrund der Vielzahl und Komplexität der Interessen aufwändiger und komplizierter; die vom politischen System primär zu befriedigenden Erwartungen (siehe These 2) verlangen jedoch nach Beschleunigung und Kompromisslosigkeit.

Die in Zeiten des sozialen Wandels, ja des Umbruchs, schwieriger gewordene repräsentativ-demokratische Kompromissuche und Beschleunigung der Entscheidungserwartungen nähren des Bild vom „Reformstau“, „Stillstand“, gegen den endlich „durchregiert“ werden müsse – sie fördern den Rückzug aus dem demokratischen Prozess, der dem global agierenden Kapital vor allem eines ist: ein Kostenfaktor.⁴ Die – unnützen - Kosten fallen um so höher aus, je größer und über-staatlicher die wirtschaftlichen Machtkonzentrationen sind.

5. „Mehr direkte Demokratie“

Der Bundespräsident hat für seinen Vorschlag, ihn demnächst direkt wählen zu lassen, große Zustimmung erhalten, es sei ein Schritt zu „mehr direkter Demokratie“. Was hat die Wahl des obersten Repräsentanten des Staates, dessen vornehmste Aufgabe die Abzeichnung von Gesetzen nach Prüfung deren formaler verfassungsrechtlicher Unbedenklichkeit ist, durch die Bürger und Bürgerinnen mit mehr Demokratie, also Einfluss auf die realen politischen Vorgänge, zu tun? Wäre nicht solche „direkte Demokratie“ nichts als Etikettenschwindel, eine erlebnisorientierte Veranstaltung wie „DSDS“ – es sei denn, es folgte auch er zweite Schritt, nämlich die Systemfrage: Änderung des demokratisch-parlamentarisch-repräsentativen Systems mit Verhältniswahlrecht in eine Präsidialdemokratie, die den Präsidenten mit realer Macht ausstattet. „Mehr direkte Demokratie“ wäre dann das Etikett für eine andere, autoritärere Verfassungsregelung, womöglich, nimmt man den Entstehungskontext des Grundgesetzes als Maßstab, ein Fall für den Verfassungsschutz.

³ (Eine Steuerreform als Wahlkampfthema interessiert zunächst nur diejenigen, die Steuern zahlen.)

⁴ (Das zeigt sich durchaus an Russland: das, was das Kapital vordringlich braucht, sichere Rechtsverhältnisse, ist nicht unbedingt durch die Freisetzung der Marktkräfte und die repräsentative Demokratie zu erreichen.)

Manche Kommunen in Westdeutschland, zum Beispiel Emsdetten, praktizieren seit einigen mit einigem Erfolg das Instrument des Bürgerhaushaltes. In Berlin-Lichtenberg ist es schwer, Bürgerinnen und Bürger dafür zu interessieren. Möglicherweise hat das damit zu tun, dass Lichtenberg doch keine Kleinstadt ist, in der sich eher eine aktive Schicht von Bürgerinnen und Bürgern findet, um ein „Gemeinwohlinteresse“ zu generieren. Möglicherweise hat es auch mit der Hierarchie von Problemwahrnehmungen zu tun. Oder aber mit dem, was es tatsächlich real zu entscheiden gibt und welche Bedeutung dies für den eigenen Lebensalltag hat. „Mehr direkte Demokratie“ etikettiert möglicherweise auch hier den gewachsenen Einfluss lediglich auf Marginalien des eigenen Alltages.

Unbestrittenen Einfluss üben Bürgerentscheide als Vetomacht gegen bestimmte Vorhaben aus (zum Beispiel Wohnungsverkäufe). Hierbei handelt es sich weniger um die Herstellung qualifizierter Mehrheiten unter den Bürgerinnen und Bürgern; für die Ausübung der Vetomacht reicht in der Regel eine qualifizierte Minderheit. Eine solche Vetomacht ist ein Gewinn an demokratischem Einfluss, aber kein qualitativer Durchbruch zu „mehr Demokratie“.

6. Reform der „Parteiendemokratie“

Wollen die Bürgerinnen und Bürger überhaupt „mehr direkte Demokratie“ im vorherrschenden Sinn? Mehr Zeit, Energie, Wissen, Kompetenz, Auseinandersetzung aufbringen für den politischen Prozess? Womöglich erwarten sie zunächst einmal, dass die ins politische System delegierten „Volksvertreter“ ihre Arbeit gut machen, dass die Parteien das tun, wofür sie da sind: Interessen repräsentieren, Kompromisse finden, Macht aufteilen.

Aus diesem Herangehen speist sich ein anderer Zweig der Demokratie-Reform: die Parteienkritik. Die hervorgehobene Rolle der politischen Parteien wirft die Frage auf, welches Interesse die Parteien an den Bürgerinnen und Bürgern haben. Unter dem neoliberalen Politikmodell sind Wahlen nichts anderes als ein riesiger regelmäßig wiederkehrender Markt, auf dem es Stimmen zu maximieren gilt, zu welchem Zweck marktgerechte Methoden angewendet werden (die immer häufiger aus den betriebswirtschaftlichen Techniken des Kundenmanagements abgeschaut werden).

Eine Reihe von Vorschlägen zielt auf eine demokratische Reform der Parteiendemokratie. Eine Richtung (z.B. von Arnim) favorisiert eine direkte Berücksichtigung der Nichtwähler bei der Mandatszuteilung. Deren Verteilung soll sich nach der Zahl der Wahlberechtigten, nicht der Wähler richten – mit der Folge, dass bei 25% Nichtwähler 25% der Parlamentsplätze frei und entsprechende Diäten usw. ungenutzt bleiben. Eine andere Richtung (z.B. Eschenburg) favorisiert eine direkte Umgestaltung des Verhältnisse von Wähler und Parteien: die Parteienfinanzierung solle nicht mehr als Erstattung je Wählerstimme, als Wählerwerbungspauschale, erfolgen, sondern direkt durch die Wahlbürgerin selbst, etwa in dem jeder Wahlberechtigte einen gleich hohen Betrag erhält, den sie frei verfügbar an eine Partei (z.B. DIE LINKE) oder eine gemeinnützige Organisation (z.B. ATTAC) ihrer Wahl verteilen kann. Bei Verbot anderer Wege der Wahlkampffinanzierung wäre damit der gleiche Einfluss jedes Bürgers ermöglicht und es stände ihm frei, ob er mit seinem „Staatsbürger-Budget“ eine Partei oder eine gemeinnützige Organisation unterstützt.

Der demokratische Charme des letzteren Vorschlags liegt auf der Hand: aus Sicht einer Partei wäre die HartzIV-Bürgerin genauso wichtig wie der Deutsche Bank-Manager.

7. Offenheit, Selbstkorrekturfähigkeit und Gemeinwillen

Entschiedene Demokraten und demokratische Sozialisten streben eine Struktur der Gesellschaft und der politischen Institutionen an, in der jede und jede ihre bzw. seine unterschiedlichen Anlagen frei entfalten kann, also nicht Gleichmacherei, sondern Überwindung der herrschenden Gleichmacherei durch eine Einrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die auf das Geltenlassen nur einer Eigenschaft des Menschen aus ist, nämlich der Fähigkeit, sich für die eigene Besitzstandsmehrung und für die Kapitalakkumulation nützlich zu machen, also gegen die Gleichmacherei als arbeitende Konsumierende und vice versa.

Demokratische Sozialisten begreifen Geschichte als offenen Prozess, dessen Ausrichtung von der gemeinsamen Anstrengung der Menschen (Individuen, Klassen, Staaten) abhängig ist. Die Ergebnisse

werden nie vollkommen mit den Wünschen aller oder auch nur Mehrheit übereinstimmen. Deshalb sind demokratische Institutionen notwendig, die ein großes Vermögen zur Selbstkorrektur und zur Fehlertoleranz haben, Geschichte also ein stetiger Lernprozess mit mehr oder weniger großen Annäherungen an das erstrebte Ziel. Nur solche Institutionen sind in der Lage, auch Voten, d.h. politische Tatsachen, die mit Hilfe der Manipulation, des Ressentiments und der Stimmungsmache den aufgeklärten Interessen der Wotierenden alsbald widersprechen, wieder zurückzuholen, ohne auf die Karte der Bevormundung durch aufgeklärte Eliten, Avantgarde, zu setzen.

Unser Verständnis von „Demokratie“ muss sich von der Annahme, es gäbe einen rational ermittelbaren, von allen zu akzeptierenden Gemeinwillen, verabschieden und sollte an deren Stelle das soziale und politische Ideal der optimalen Bedingungen für die Bewahrung und Entfaltung der unterschiedlichen Kapazitäten, Traditionen und Eigenarten der Individuen und Kulturen setzen.

8. „Das Öffentliche“ als demokratisches Labor

Folgen wir der Auffassung, dass in den industrialisierten Gesellschaften Sozialismus keine Frage des schieren Überlebens (oder der Abwehr apokalyptischer Reiter) mehr ist, dann kann er in der Tat nur als Frage der demokratischen Gestaltung und Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft verstanden werden. Die Fragen der Demokratie, die Frage der demokratischen Strukturen, die der optimalen Entfaltung der menschlichen Kapazitäten nutzen, gehören ins Zentrum jeder Überlegung zur Zukunft des demokratischen Sozialismus in den entwickelten Gesellschaften. Das Insistieren auf demokratischer Gleichheit und Gleichwertigkeit ist der zentrale Hebel, den demokratische Sozialisten gegen die Machtansprüche wirtschaftlicher Monopole ins Feld führen können.

Der Bereich des „Öffentlichen“ stellt ein besonderes Feld dar, in dem Demokratie Formen jenseits der üblichen Wahlrhythmen annehmen und behaupten kann. Die Fragen der demokratischen Kontrolle und Steuerung der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen bilden ein zentrales politisches Praxisfeld, nicht nur um zu zeigen, wie Demokratie gegen wirtschaftliche Vormacht Geltung erlangen und unterschiedliche Interessen aushandeln kann, sondern auch, um die Interessen von ausgegrenzten, auf vielfältige Weise aus demokratischen Verfahren ausgeschlossenen Gruppen in den demokratischen Prozess zurückzuholen. Das setzt die praktische Inangangsetzung demokratischer Aufklärungs- und Lernprozesse voraus, die Selbstermächtigung zum *citoyen*.

Diese wiederum ist nicht voraussetzungslos. Medienmacht einerseits und Bildungs- und Informationsferne andererseits bezeichnen zwei entscheidende Hemmnisse. Mit dem Internet und verschiedenen Ansätzen der Selbstorganisation existieren jedoch auch die Gegenteilstendenzen, wobei allerdings nicht übersehen werden kann, dass soziale Ausgrenzung (aus dem Arbeitsleben) – wie manchmal auch hochgradig flexibel integriertes „Job-Nomadentum“ – die Fähigkeiten zur Selbstorganisation und Selbstaufklärung in hohem Maße zersetzt. Demokratie, so lässt sich ein abstrakt-allgemeiner Bogen zum Anfang schlagen, setzt einen gemeinsamen sozialen Ort, einen „Platz der Zusammenkunft“ voraus.

Horst Kahrs, Juni 2007